

Der "Baker-Bericht"

Autor(en): **Hübschen, Jürgen**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **173 (2007)**

Heft 3

PDF erstellt am: **25.04.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-70996>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Der «Baker Bericht»

Der «Baker Bericht» ist das Ergebnis der «Iraq Study Group», das am 6. Dezember 2006 dem US-Präsidenten George W. Bush vorgelegt wurde. Jeweils fünf Angehörige der republikanischen und der demokratischen Partei der USA, unterstützt von vielen politischen und militärischen Experten, haben diesen Bericht erarbeitet. Die Gesamtverantwortung liegt beim früheren US-Aussenminister James Baker III und in seiner Vertretung bei Lee Hamilton von den Demokraten. Deshalb wird die ISG auch als «Baker-Hamilton-Group» bezeichnet. Kernaussage des «Iraq Study Group Report» (ISGR) ist: «Die Lage im Irak ist ernst, und sie verschlechtert sich. Über den Irak hinaus drohen ernsthafte Auswirkungen für die Stellung Amerikas. Die weltweite Geltung der USA könnte abnehmen.» James Baker III ergänzt diese Aussage mit den Worten: «Wir empfehlen kein Kurshalten als Lösung. Nach unserer Ansicht ist eine solche Position nicht weiter durchzuhalten», und Lee Hamilton unterstreicht diese Feststellung mit den Worten: «Die gegenwärtige Herangehensweise funktioniert nicht, und die Chancen der USA, die Ergebnisse zu beeinflussen, werden immer kleiner.» Konkret wird im ISGR ein Kurswechsel gefordert, der im Wesentlichen die nachfolgenden Punkte enthält, die sich untergliedern in einen «External» und einen «Internal Approach».

Jürgen Hübschen*

External Approach

■ Neue politische Initiative der US-Regierung («New Diplomatic Offensive») zur Lösung der Probleme im Irak und in der Region noch vor dem 31. Dezember 2006. Diese Aussage schliesst den Konflikt zwischen Israel und Palästina ausdrücklich ein: «The United States will not be able to achieve its goals in the Middle East unless the United States deals directly with the Arab-Israel conflict.»

■ Iraks Nachbarn sollen zusammen mit dem Irak und den wichtigsten Ländern innerhalb und ausserhalb der Region «form a Support Group to reinforce security and national reconciliation within Iraq».

– Mitglieder sollen neben den Nachbarstaaten des Iraks auch Ägypten, die Staaten der Arabischen Halbinsel, die fünf Ständigen Mitglieder des Weltsicherheitsrates und die Europäische Union sein.

– Zu Syrien und Iran heisst es: «The Support Group should actively engage Iran and Syria in its diplomatic dialogue, without preconditions.»

■ Treffen der Organisation Islamische Konferenz oder der Arabischen Liga in Bagdad, um Unterstützungsmassnahmen für den Irak zu beschliessen.

■ Änderung des Auftrags der amerikanischen Truppen im Irak von einer «Kampf in eine Unterstützungstreitmacht».

– «A primary mission of U.S. military strategy in Iraq is the training of competent Iraqi security forces.»

*Jürgen Hübschen, Oberst i GSt a D der Bundeswehr, ehem. Vtg Attaché in Bagdad, Strategieexperte und Buchautor, 48268 Greven (D).

■ Politisch und militärisch mit der irakischen Regierung abgestimmter sukzessiver Rückzug der US-Truppen aus dem Irak nach Übergabe der Verantwortung an die irakischen Sicherheitskräfte

– «The United States should not make an open-ended commitment to keep larger numbers of American troops deployed in Iraq.»

– Im ersten Quartal 2008 sollen alle amerikanischen Kampfverbände den Irak verlassen haben.

Internal Approach

■ Möglichst schnelle und vollständige Übernahme der Gesamtverantwortung für den Irak durch die irakische Regierung

■ Erhöhung der Anzahl irakischer Heeresbrigaden und Steigerung deren Qualität

■ Der vorgesehene Zeitplan sieht wie folgt aus:

– April 2007: Verantwortung der irakischen Regierung für die eigenen Streitkräfte

– Juni 2007: Wahlen in den Provinzen

– September 2007: Übernahme der Gesamtverantwortung für alle irakischen Provinzen durch die irakische Regierung

– Dezember 2007: Uneingeschränkte Einsatz- und Kampfbereitschaft der irakischen Streitkräfte.

Stellungnahmen, Konsequenzen und Bewertung

In einer ersten Reaktion stellte US-Präsident Bush zum ISGR fest: «Ich habe ihn gelesen.» Der Bericht enthalte «einige wirklich interessante Vorschläge», die er «ernstnehme». Er werde die Empfehlungen «gründlich prüfen». Karl Rove, nach wie vor ein sehr en-

ger Vertrauter von Präsident Bush und ein Freund der Familie, kommentierte den ISGR mit den Worten: «Why would we want to pursue a policy that our enemies want? We will either win or we will lose... Winston Churchill showed us the way. And like Great Britain under its greatest leader, we in the United States will not waver, we will not tire, we will not falter, and we will not fail.»

Die Reaktionen in den beiden grossen amerikanischen Parteien sind immer noch sehr unterschiedlich und variieren über die Parteigrenzen hinweg von einer grundsätzlichen Zustimmung bis zu einer rigorosen Ablehnung des ISGR. Während sich viele Abgeordnete und auch Senatoren für einen organisierten Truppenabzug auf der Basis eines konkreten Zeitplanes aussprechen, fordern andere eine Verstärkung des derzeitigen Kontingents im Irak, um doch noch einen vollständigen Sieg zu erringen. Strittig ist auch die Frage, ob die USA mit Syrien und Iran sprechen sollten und falls ja, ob diese Gespräche an Vorbedingungen geknüpft werden sollten. Grundsätzlich einig ist man sich in den politischen Lagern des Kongresses darüber, dass «ein weiter so» keine Lösung darstellt. «Staying the course would just be foolish», stellte der republikanische Abgeordnete Christopher Shays, der bislang 15 Mal die Truppen im Irak besucht hat, fest und trifft damit – über die Parteigrenzen hinweg – wohl die Meinung der überwiegenden Mehrheit im Kongress. Unklar ist, über welchen Einfluss Vizepräsident Dick Cheney und die Neokonservativen noch auf Präsident Bush verfügen. Cheney und die Neocons haben den Irakkrieg gewollt und stehen deshalb den Empfehlungen des ISGR, vorsichtig formuliert, äusserst distanziert gegenüber. Richard Perle, eine der Schlüsselfiguren im Lager der Neokonservativen, sprach sicherlich für viele, wenn er zur Iraq Study Group feststellte: «The panel is a misadventure that should be ignored. You don't outsource the responsibilities of the commander in chief. The whole thing is absurd.» Der Think Tank der Neokonservativen in den USA, das «American Enterprise Institute for Public Policy and Research», hat am 17. Dezember 2006 bereits ein eigenes Konzept zur Lösung der Irakkrise veröffentlicht mit dem viel versprechenden Titel «Choosing Victory – A Plan for Success in Iraq». Der Ansatz der Neokonservativen steht in wesentlichen Punkten dem ISGR diametral entgegen. In den Streitkräften gibt es – zumindest noch – keine Unterstützung für den von der Baker-Hamilton Group ins Auge gefassten Truppenrückzug. Nach einem Bericht der «Washington Times» sind alle sechs Mitglieder des höchsten US-Militärgremiums – der Joint Chiefs of Staff – gegen einen Rückzug aus dem Irak. Sie sind auch gegen die Aufstellung eines Zeitplans für den Abzug. «Wir wollen den Sieg», erklären die



US-Truppen in Kirkuk.

Foto: US Army

Generäle. Es sei ihre Aufgabe (und nicht die einer Gruppe externer Experten), einen militärischen Rat zu geben. Ein schneller Truppenrückzug wäre ein Fehler, so US-General Peter Pace, der Vorsitzende der Vereinigten Stabschefs.

Nach einem Bericht der «News Week» stimmt die amerikanische Bevölkerung dem ISGR tendenziell zu. 57 % befürworten einen Dialog mit Syrien und Iran, und 61 % sprechen sich für eine neue Nahost-Friedensinitiative aus. 62% fordern einen konkreten Zeitplan für den Abzug der amerikanischen Truppen aus dem Irak. Nach einer aktuellen, gemeinsamen Umfrage des US-Fernsehsenders ABC und der Washington Post missbilligen 70% der US-Bürger die bisherige Irakstrategie von Präsident Bush, 61 % sind der Meinung, der Krieg gegen den Irak sei ein Fehler gewesen.

Die politischen und militärischen Konsequenzen bei der Umsetzung des ISGR sind so umfassend, dass die US-Regierung bereits signalisiert hat, dass der Präsident sich das letzte Wort vorbehält. Schon jetzt steht fest, dass es direkte Gespräche mit Iran und Syrien ohne Vorbedingungen nicht geben wird, und deshalb kann die «New Diplomatic Offensive» nicht umgesetzt werden. Die neue Militärstrategie zielt darauf ab, möglichst schnell die volle Einsatz- und Kampfbereitschaft der irakischen Sicherheitskräfte zu gewährleisten. Unklar ist, woher das dafür zusätzlich erforderliche Personal kommen soll. Umschichtungen innerhalb der amerikanischen Truppen im Irak und eine zeitlich begrenzte Verstärkung der Truppen werden theoretisch ins Auge gefasst; die Realisierung in der Praxis ist, vor allem unter dem Aspekt der sich ständig weiter verschlechternden Sicherheitslage, völlig unklar.

Es ist uneingeschränkt positiv zu bewerten, dass sich in den USA ein so hochrangiges Gremium zusammengefunden hat, um unvoreingenommen die Lage im Irak und in der Nahmittelost-Region zu bewerten und auf dieser Basis Lösungsvorschläge erarbeitet hat. Wichtig ist auch, dass mit dem ISGR deutlich wird, dass die USA nicht dieser monolithische Block sind, als der Amerika besonders in den letzten drei Jah-

ren der Bush-Regierung zunehmend in Europa gesehen wurde. Hervorzuheben ist sicherlich auch, dass dieser Report über Parteigrenzen hinweg erarbeitet wurde. Das sind wohl die wesentlichen Gründe für eine durchweg positive Resonanz in der westlichen Staatengemeinschaft. Die von der «Baker-Hamilton Group» vorgeschlagene neue diplomatische Offensive, verbunden mit einer Änderung der amerikanischen Militärstrategie im Irak, wird in Europa weitgehend begrüßt, weil diese Ansätze den eigenen Vorstellungen entsprechen, vor allem was den multilateralen Approach und die zunehmende Souveränität der irakischen Regierung angeht. Leider wird dabei vergessen, dass es nicht darauf ankommt, ob der im ISGR vorgeschlagene Weg Europa und vielleicht auch in anderen Regionen der Welt gefällt, sondern ob die Bush-Regierung gewillt ist, den Vorschlägen zu folgen und wie die irakische Regierung selbst zum ISGR steht. Schon heute ist leider klar, dass Präsident Bush den Empfehlungen in wesentlichen Punkten nicht folgen wird, wie die Ablehnung direkter Gespräche mit Iran und Syrien bereits beweist. Ohne die Einbindung dieser beiden Länder wird es keine Lösung geben, nicht zuletzt, weil einige Nachbarstaaten des Iraks unter diesen Bedingungen auch nicht für eine Teilnahme an der «Support Group» zur Verfügung stehen werden. Klar ist auch, dass es letztlich zwischen den Demokraten und Republikanern keine wirklich kontroverse und damit zielführende Diskussion geben wird, weil beide Parteien bereits die Wahlen in 2008 im Auge haben und nicht glauben, mit «dem Irak wirklich punkten zu können», vor allem dann nicht, wenn immer noch amerikanische Kampftruppen auf irakischem Boden stehen sollten.

Auf Weisung von Präsident Bush wird derzeit innerhalb der US-Streitkräfte an einem weiteren Irak-Report gearbeitet, und auch die amerikanischen Geheimdienste sollen zurzeit an einer aktuellen Analyse arbeiten. Neben dem ISGR und dem Report des «American Enterprise Institute» wird es also noch mindestens zwei weitere Untersuchungen mit entsprechenden Lösungsvorschlägen geben, auf die sich George W. Bush stützen kann. Deshalb ist

davon auszugehen, dass der ISGR lediglich ein Baustein in der Meinungsbildung des US-Präsidenten sein wird. Im Irak selbst ist die Meinungsbildung über die zukünftige politische und militärische Strategie ebenfalls bei weitem noch nicht abgeschlossen. Fest steht allerdings, dass der irakische Präsident die Vorschläge der «Baker-Hamilton Group» nicht mitträgt. Präsident Dschalal Talabani hat die Empfehlungen des «Baker-Berichtes» als Eingriffe in die Souveränität seines Landes kritisiert und sie vollständig abgelehnt. Der Präsident nannte den Bericht «ungerecht», weil er «gefährliche Artikel» enthalte, die in «die irakische Souveränität und Verfassung eingriffen». Die Regierung von Präsident Maliki arbeitet aktuell an einem eigenen Konzept unter der Bezeichnung «The Transition in Iraq». Der dafür erforderliche nationale Konsens ist aber nicht einmal in Ansätzen vorhanden. Die irakischen Sicherheitskräfte sind nicht einsatzbereit, und zwar weder die Polizei noch die Streitkräfte. Ihre Umfänge sind zu gering, die Ausrüstung und Bewaffnung ist völlig unzureichend, und es gibt keinerlei Anzeichen, dass sich das auf absehbare Zeit grundsätzlich verbessern wird.

Fazit

Zusammenfassend kann festgestellt werden:

- Der «Iraq Study Group Report» hat zwar Optionen aufgezeigt, aber keine Klarheit über die künftige amerikanische Strategie im Irak und in der Nahmittelost-Region gebracht, und zwar weder politisch noch militärisch.
- Europäisches Wunschdenken unterscheidet sich fundamental von der amerikanischen Realpolitik, die sich ausschliesslich an den nationalen Interessen der USA orientiert.
- Die irakische Regierung ist zu schwach, um die Milizen zu entwaffnen, die staatlichen Sicherheitskräfte zu kontrollieren, das Streben einzelner ethnischer, religiöser oder politischer Gruppen nach Macht, Einfluss und auch Profit zu unterbinden und die öffentliche Ordnung wiederherzustellen.
- Der UNO wird in den unterschiedlichen Untersuchungen der Amerikaner keine Schlüsselrolle zugestanden. Deshalb wird es keinen internationalen Konsens über eine Lösung der Probleme im Irak und in der Nahmittelost-Region geben.
- Der Irak befindet sich in einer Mischung aus Bürger- und Guerillakrieg und ist auf dem Weg in die Anarchie.
- Derzeit ist in Washington und Bagdad kein Konzept erkennbar, diese fatale Entwicklung zu stoppen, die sich durch die Exekution Saddam Husseins noch beschleunigen könnte. ■